

# Die Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition

## Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

### Beitrag von Franz Müntefering

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, in gemeinsamer Verantwortung das Land voranzubringen. Die Koalition stellt sich den Herausforderungen: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demografischer Wandel. Wir wollen Wohlstand sichern, Arbeit schaffen, die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen, soziale Sicherheit gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stärken. Auf diese Ziele richtet sich das Programm dieser Regierung. Unsere gemeinsam verabredete Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiger Baustein dieser Strategie.

### Bewegung auf dem Arbeitsmarkt

Die deutsche Wirtschaft wächst. Und die Arbeitsmarktzahlen für Mai zeigen, dass Bewegung am Arbeitsmarkt ist.

Auch wenn das stärkere Wachstum noch keine grundlegende Wende am Arbeitsmarkt bringt: Wir erleben den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Jahren.

- Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai um 255.000 (Durchschnitt 2000 bis 2004: -146.000) niedriger als im Vormonat und um 349.000 niedriger als im Vorjahresmonat.
- Saisonbereinigt ist der Rückgang mit 93.000 wesentlich höher als in den Vormonaten. Zum Vergleich: April (-42.000), März: (+29.000), Februar: (-2.000).

Auch die weiteren Daten vom Arbeitsmarkt sind positiv:

- Die Zahl der Erwerbstätigen lag im April mit 38,5 Mio. um 8.000 höher als im Vorjahr.
- Die Zahl der Arbeitslosen über 50 sinkt um 48.129 gegenüber Vormonat auf 1,179 Mio. und um 48.291 gegenüber dem Vorjahr.
- Die Zahl der Arbeitslosen Jugendlichen unter 25 sinkt um 48.000 gegenüber Vormonat auf 507.200 und um 85.000 gegenüber dem Vorjahr.
- Im Mai gab es 565.000 offene gemeldete Stellen, von denen 84% sofort zu besetzen waren. Nimmt man die zusätzlichen Stellen für Freiberufler und Selbständige aus der Jobbörse der BA hinzu, lagen im Mai 775.000 offene Stellen vor. Das sind 169.000 offene Stellen mehr als vor einem Jahr.

Diese Bewegung wollen wir unterstützen. Unser Konzept für Wachstum und Arbeit ist im Koalitionsvertrag beschrieben. Wir wollen den beginnenden Aufschwung stützen. Dabei hilft das 25 Mrd.-Programm. Die Förderangebote werden abgerufen und ziehen Folgeinvestitionen nach sich. Das schafft Voraussetzungen dafür, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Das Konzept der Bundesregierung geht auf. Es bewegt sich was in Deutschland.

Aber auch die Wirtschaft steht weiter in der Pflicht. Sie bleibt gefordert, mehr Arbeit, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Kraft dazu hat sie - die Verantwortung auch.

### **Arbeitsmarktreformen beginnen zu wirken**

Auch die Arbeitsmarktreformen sind ein weiterer wichtiger Baustein. Damit haben wir ein ganzes Bündel von Aufgaben angepackt - zum Beispiel den Umbau der Bundesagentur, die Verbesserung der Vermittlung und die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige. CDU/CSU und SPD haben die Reformen gemeinsam in der letzten Legislaturperiode verabschiedet. Wir wollen, dass sie ein Erfolg werden. Sie alleine schaffen keine Arbeit. Aber sie schaffen Voraussetzungen, leichter wieder in Arbeit zu kommen. Das beginnt zu wirken.

Es gibt entlastende Effekte auf dem Arbeitsmarkt durch Hartz IV und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

- Die Zugänge in das Arbeitslosengeld I sind deutlich zurückgegangen: Im Mai 2006 sind das rund 124.000 Personen weniger als vor einem Jahr. Und die Arbeitslosengeld I erhalten, finden schneller wieder Arbeit:
- Es werden - wohl auch wegen zusätzlicher Überstunden - wieder mehr Beiträge in die Arbeitslosenversicherung gezahlt.
- Die Bundesagentur erwirtschaftet einen höheren Überschuss - rund 4,5 bis 5,0 Mrd. Euro, in 2006 vielleicht sogar 6 Mrd. Euro.
- Damit kann ein Beitragspunkt - von insgesamt zwei - zur Absenkung der Lohnnebenkosten am 1.1.2007 finanziert werden.
- Und letztlich wirkt sich das auch positiv auf den Bereich des Arbeitslosengelds II aus; die Vermittlungsquote steigt.

Die Betreuung der arbeitsfähigen ehemaligen Bezieher der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe aus einer Hand ist der richtige Weg. Damit haben wir alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Arbeit suchen, in Vermittlung hineingeholt. Wir waren aber auch alle einig darin, dass eine so komplexe Reform nicht auf einen Schlag umgesetzt werden kann. Die Politik steht in der Verantwortung, Schwachstellen zu reparieren. Daran arbeiten wir. Das ist keine Erkenntnis der letzten Woche, sondern eine der Grundlinien des Koalitionsvertrages.

Eines müssen wir bei der Statistik berücksichtigen: Wir haben die Kriterien für Erwerbsfähigkeit in Deutschland weiter definiert, als das andere Länder machen. Jeder, der drei Stunden pro Tag arbeiten kann, gilt als erwerbsfähig. Nur 3,1 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind danach erwerbsunfähig. In anderen Ländern sind diese Anteile höher, in Großbritannien zum Beispiel 6,3% und in den Niederlanden 8,8%. In diesen Ländern werden dadurch mehr Menschen aus der Arbeitslosenstatistik herausgerechnet als in Deutschland. Das ist kein Trost für Arbeitslose oder für politisch Verantwortliche. Aber es zeigt doch, dass wir auch international stärker sind, als manche flinke Statistik das anzuzeigen scheint.

## **Effizienz**

Wir kümmern uns um die Effizienz und um die Wirksamkeit unserer Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Ziele sind klar und wir verfolgen sie beharrlich: Wir wollen Arbeitslosigkeit bekämpfen und Arbeitssuchenden helfen. Und wir wollen die knappen öffentlichen Mittel dabei effektiv und effizient einsetzen. Wir sind mitten in der Arbeit.

Das betrifft zum einen die aktive Arbeitsmarktpolitik. Es gibt auf dem Arbeitsmarkt zwar eine große Zahl an Instrumenten. Aber nicht alle sind kompatibel und wirklich aufeinander abgestimmt. Deshalb müssen wir an dieser Stelle besser werden. Auch hier geht es um Effizienz und um Wirksamkeit.

Zwei entscheidende Schritte haben wir bereits getan:

- Wir haben die Verpflichtung der Bundesagentur abgeschafft, in jedem Bezirk eine Personal-Service-Agentur einzurichten.
- Wir haben das Überbrückungsgeld und den Existenzgründungszuschuss zu einer neuen einheitlichen Förderung, dem Gründungszuschuss zusammengefasst. Damit knüpfen wir an die positiven Erfahrungen mit der Förderung der Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit an und beenden zugleich das Nebeneinander von zwei Förderinstrumenten. Da die Förderung künftig erheblich zielgerichteter sein wird, können mittelfristig auch die Kosten um rund 1 Mrd. Euro jährlich gesenkt werden.

Und das betrifft die Ausgestaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Mit dem schon verabschiedeten SGB-II-Änderungsgesetz und dem jetzt beschlossenen SGB-II-Fortentwicklungsgesetz reagieren wir auf die Erfahrungen in 2005 und 2006. Wir präzisieren Inhalte der Gesetzgebung und verbessern die Umsetzung. Daher hatten wir auch mehrere wichtige Wünsche der Länder berücksichtigt. Es geht darum, die knappen öffentlichen Mittel effektiv und effizient einzusetzen. Konkret bedeutet das, dass wir in diesem Jahr rund 600 Mio. Euro und im kommenden Jahr durch die genannten und andere Maßnahmen rund 3,8 Mrd. bis 4,0 Mrd. Euro einsparen.

Davon ist die Leistungshöhe des Arbeitslosengelds II nicht betroffen; das Arbeitslosengeld II bleibt unverändert bei 345 Euro. Ab 1. Juli in dieser Höhe auch in Ostdeutschland. Aber weil das Arbeitslosengeld II eine steuerfinanzierte und bedürftigkeitsorientierte Leistung ist, werden wir genauer hinsehen, wer bedürftig ist und welche Ansprüche und Berechtigungen daraus erwachsen. Die Regeln des Gesetzes müssen strikt eingehalten werden.

## **Grundsicherung und Finanzierung**

Seit Februar sind die Kosten für die Grundsicherung stabil bei rund 2,25 Mrd. Euro im Monat. Und aktuell im Mai liegen die Kosten bei 2,26 Mrd. Euro. Alarmstimmung ist überflüssig und verantwortungslos!

Deshalb haben wir im Rahmen der Beratungen zur Bereinigung des Haushalts 2006 keine substantiellen Änderungen vornehmen müssen, sondern folgendes festgelegt:

- Der Ansatz Arbeitslosengeld II (Alg II) bleibt mit 24,4 Mrd. € unverändert. Mit der Umsetzung der beschlossenen Fortentwicklungsgesetze und strikter Sparsamkeit soll die Tendenz zu einer deutlichen Überschreitung energisch eingedämmt werden.
- Der Ansatz Alg II kann durch einen einseitigen, in der Höhe begrenzten Deckungsvermerk aus dem Eingliederungstitel verstärkt werden: Der Eingliederungstitel bleibt unverändert. Der Ansatz ist jedoch i.H.v. 1,1 Mrd. € qualifiziert gesperrt (Aufhebung durch Haushaltsausschuss). Dies ist angesichts der tatsächlichen Mittelbindung vertretbar. Es stehen damit für die Eingliederung von Arbeitssuchenden einschließlich der Verwaltungskosten 8,9 Mrd. Euro zur Verfügung. Dies sind rund 2,3 Mrd. Euro mehr, als im Vorjahr für diese Zwecke insgesamt ausgegeben wurde, im Falle einer Entsperrung sogar 3,4 Mrd. Euro.
- Der Einnahmetitel "Aussteuerungsbetrag" wird entsprechend der tatsächlichen Entwicklung von 5,3 Mrd. € auf 4,0 Mrd. € abgesenkt.

## **Verantwortlichkeit**

Auch der Bericht des Bundesrechnungshofs zur Grundsicherung für Arbeitsuchende fordert, dass der Bund aufgrund sozialer Verantwortlichkeit klare Entscheidungen trifft und durchsetzt. Der Bund stellt den Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern zur Finanzierung der Verwaltungskosten und der Eingliederungsleistungen rund 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Klar ist: Der Bund ist Leistungsträger. Und deshalb nimmt der Bund als Leistungsträger über die Bundesagentur als Gewährleistungsträger Einfluss darauf, dass die Mittel effizient eingesetzt werden. Das Ziel bleibt klar: Den Arbeitsuchenden vor Ort schneller und besser als bisher helfen. Es gibt klare Verantwortlichkeiten. Vor Ort wird ausreichend Raum sein für situationsgerechtes Handeln der ARGEN und ZKT, aber der Leistungsträger Bund muss klare Zielvorgaben machen und sie auch durchsetzen.

## **Zeitplan**

Wir haben einen klaren Zeitplan in der Arbeitsmarktpolitik vereinbart, und wir halten ihn ein. Wir sind auf der Strecke.

### Debatte über Niedriglohnbereich

Die Bundesregierung hat den Bundesarbeitsminister beauftragt, im Herbst 2006 einen Vorschlag für den Niedriglohnbereich zu machen und dabei die Nutzbarkeit von Kombilohn, Mindestlohn und Entsendegesetz (tariflicher Mindestlohn) zu prüfen, auch Funktion von Mini- und Midi-Jobs. Dabei ist klar: Man kann den Niedriglohnbereich nicht vernünftig regeln, ohne zu überlegen, welchen Bezug das zum SGB II hat.

### Kosten der Unterkunft

Wir werden im Herbst mit den Ländern über die Neuregelung der Kosten der Unterkunft für 2007 und die Folgejahre reden. Weitere Schritte sind vereinbart

### Instrumente bündeln und schärfen

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass wir im kommenden Jahr die Neuausrichtung von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik angehen. Dazu werden aus der Ende dieses Jahres abgeschlossenen Wirkungsanalyse die nötigen Konsequenzen ziehen. Wir werden uns ansehen, was funktioniert und ändern, was nicht funktioniert. Wir werden das bündeln und ein gutes, wirksames Angebot machen.

### Umsetzungsstruktur Alg 2

2008 werden wir die Entwicklung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende - vor allem zur unterschiedlichen Arbeitsweise von Argon und Optionskommunen - nochmals gründlich bedenken. Das heißt nicht, dass wir nicht schon unterwegs auf der Strecke reagieren, wo es nötig ist. Aber hektisches Herumschrauben am System bringt nichts. Wir sind im vereinbarten Zeitplan. Und der ist vernünftig.

### Gemeinsame Verantwortung

In allen öffentlichen Debatten müssen zwei Aspekte klar sein:

- Die Grundsätze dieser Arbeitsmarktreformen sind unumstritten.
- Instrumente, Verfahren und Umsetzung werden - immer orientiert am Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem effizienten Einsatz der Mittel - optimiert.

Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für den Arbeitsmarkt und für die Arbeitssuchenden in Deutschland. Arbeit schaffen. Arbeitslosigkeit bekämpfen. Grundsicherung gewährleisten. Das sind die Ziele, die wir gemeinsam verfolgen.

Nach: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Nachrichten (06.06.2006)

Der Originaltext kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/nachrichten.did=138818.html>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.